

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1870

12.1.1870 (No. 10)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 12. Januar.

Nr. 10.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeitspalte ober deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1870.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 6. Januar d. J. allergnädigst bewogen gefunden, dem Verlagsbuchhändler Eduard Hallberger in Stuttgart und dem Justizrath Dr. Gille in Jena das Ritterkreuz erster Klasse Allerhöchsthres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 8. Januar d. J. allergnädigst bewogen gefunden, dem Direktor der großh. hessischen Landes-Irrenanstalt in Heppenheim, Dr. Ludwig, das Ritterkreuz erster Klasse Allerhöchsthres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 31. Dezember v. J. allergnädigst bewogen gefunden, dem Zellengefängniß-Direktor Ebert in Bruchsal die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zu erteilen, den ihm von Seiner Majestät dem König von Preußen verliehenen Kronen-Orden 3. Klasse annehmen und tragen zu dürfen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Wien, 10. Jan. Heute fand ein Ministerrath statt. Der Adressenausschuß des Abgeordnetenhauses bezeichnet die heutige Mittheilung des „Tagblatt“ bezüglich der Erklärungen des Ministers Laaffe als nicht authentisch und als unrichtig.

Paris, 10. Jan. Die heutige Sitzung des Gesetzgeb. Körpers war sehr stürmisch. Die Armeeerduktion wurde nicht, wie erwartet, vom Ministerium vorge schlagen.

Paris, 11. Jan. Der Gesetzgeb. Körper wird am nächsten Montag über den Handelsvertrag mit England beraten. Heute wird er die Wahl von 3 Vizepräsidenten vornehmen. In der gestrigen Sitzung erklärte der Kriegsminister Leboucq auf eine Anfrage Gambetta's, er sei fest entschlossen, die Mannszucht im Heer aufrecht zu halten und zu verhindern, daß Soldaten an politischen Versammlungen sich beteiligen.

Paris, 11. Jan. Der „Constitutionnel“ macht über die Affaire Prinz Peter Bonaparte folgende Mittheilungen: Prinz P. Bonaparte warf in einem Briefe an Rochefort demselben vor, er habe ihn durch die Feder eines seiner Handlanger persönlich beleidigt. Gestern begaben sich die H. Victor Noir und Ulrich Jonvielle als Beauftragte des Unterzeichners des betreffenden Artikels der „Marseillaise“, Gronisset, zu dem Prinzen. Nachdem sie in den Salon des Bekrerten eingeführt worden waren, fragte der Prinz, ob sie die durch Rochefort abgeordneten Handlanger seien. Darauf hätte Victor Noir den Prinzen heftig in das Gesicht geschlagen und Jonvielle einen Revolver hervorgezogen. In Folge eines so gewaltthätigen Angriffs habe der Prinz rasch ein an der Wand hängendes Pistol herabgerissen und dasselbe auf Victor Noir abgebrückt, welcher todt niederfiel.

Der Justizminister befehlt die sofortige Verhaftung des Prinzen, welcher sich bereits freiwillig als Gefangener gestellt hatte. Derselbe wurde in das Gefängniß abgeführt. Der Kaiser hat die Anordnung des Justizministers gebilligt.

Das „Journal officiel“ veröffentlicht das Dekret, durch welches die Anklagekammer des hohen Gerichtshofes einberufen wird, um über die Anklage auf Todtschlag gegen Peter Bonaparte zu beschließen.

Ferner veröffentlicht das „Journ. officiel“ den vom Kaiser gebilligten Bericht des Justizministers E. Duvivier, welcher sich dahin ausspricht, Ledru-Rollin könne nach Frankreich zurückkehren.

Paris, 11. Jan. Die „Marseillaise“ sagt Prinz Peter Bonaparte habe ohne Provocation Hrn. Victor Noir geohrfeigt und auf Noir und Jonvielle geschossen; Jonvielle habe das Pistol gezogen, sei weggegangen und habe noch einen Schuß in den Paletot erhalten.

Madrid, 10. Jan. Das Ministerium ist konstituiert. Rivero übernahm das Innere, Lopez die Marine, Sagasta das Staatsministerium, Montero Rios die Justiz.

Konstantinopel, 10. Jan. Der Vizekönig von Egypten zeigte die Ablieferung der Panzerschiffe und der Waffen an, die bisherige Verzögerung mit der ausständig gebliebenen Rechnung entschuldigend.

Deutschland.

München, 9. Jan. Die Abgeordnetenkammer tritt morgen Vormittag zu einer geheimen Sitzung zusammen. Das Kriegsministerium hat unterm 31. Dez. v. J. Vor-

schriften zum Vollzuge des Militärstrafgesetzbuches und der Militärstrafgerichtsordnung erlassen. — Der „Augsb. Abend-Bl.“ geht folgende, die Stimmung im Lager der „Patrioten“ (Ultramontanen, Partikularisten) kennzeichnende Mittheilung zu:

Es wird uns erzählt, daß in einer jüngst stattgehabten Beratung der „patriotischen“ Abgeordneten der Führer derselben, Ministerialrath Dr. Weiss, den Antrag gestellt habe, das Ministerium Hohenlohe nicht prinzipiell und aus bloßer Eucht der Negation anzugreifen, sondern erst zuzuwarten, ob Das, was von demselben geboten werde, nicht von der Partei der Patrioten acceptirt werden könne. Da kam der Mann aber über an; ein Sturm des Aufwutts erhob sich gegen ihn: „Nieder mit dem Ministerium Hohenlohe! hier es, wir wollen es nicht, wir brauchen es nicht, wir wollen eines aus unsern Leuten; Krieg unter jeder Bedingung mit Hohenlohe, die Gelegenheit hierzu holen wir vom Baume.“ So schrie und tobte es untereinander, die Einen wehrten ab, die Andern stimmten zu, doch die „Energischen“ behaupteten schließlich das Schicksal und die Friedenssanftmuthen verstimmen.

München, 10. Jan. In der heutigen geheimen Sitzung des Abgeordnetenhauses, in welcher die Wahlprüfungen stattfanden, wurden sämtliche Wahlen der Stadt München (sieben) beanstandet und schließlich suspendirt.

Schwerin, 9. Jan. Die Regierung richtete anlässlich der ständischen Erklärung über die Annahme der Kenerer-Anweisung ein scharfes Reskript an die Stände, in welchem sie das beanspruchte Recht zur Mitwirkung bei der Emission der landesherrlichen Papiergelder zurückweist.

Berlin, 10. Jan. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Beratung des Kreisordnungsentwurfs fortgesetzt und Paragraph 20 bis 24 erledigt. Während der Debatte trat der Ministerpräsident Graf Bischoff ein. Derselbe überreichte dem Hause den mit Bremen abgeschlossenen Vertrag über die Abtretung einiger unbewohnten Grundstücke bei Bremerhaven, welche zum preussischen Gebiet gehören. Graf Bischoff betonte, daß es sich dabei um eine nationale Angelegenheit handle. Treu dem Grundsatz der Bundespolitik, daß jedem Mitgliede des Bundes aus der Zusammengehörigkeit mit der Gesamtheit Vorteile erwachsen, sollten alle dem entgegenstehenden, der früheren Zerrissenheit entripfenden Hemmnisse beseitigt werden. Das Haus beschloß Schlußberatung.

Berlin, 10. Jan. Die Besserung in dem Befinden Sr. Maj. des Königs macht andauernd günstige Fortschritte. Wie versichert wird, gedenkt Se. Majestät an einem der nächsten Tage das neulich verschobene Kabinettsconseil abzuhalten. Die Unpäßlichkeit des Königs besteht in einem Katarth, der aber nunmehr beinahe vollständig wieder verschwunden ist.

Gestern Nachmittag wurde die hier noch anwesende chinesische Gesandtschaft von den Kronprinzipalinen Herrschaften empfangen. Diese Gesandtschaft wird binnen kurzem Berlin verlassen, um sich zunächst nach Dresden zu begeben. Später reist dieselbe nach St. Petersburg.

Heute Nachmittag um 2 Uhr erschien der Ministerpräsident Graf v. Bischoff in der Sitzung des Abgeordnetenhauses. Derselbe wurde bei seinem Eintritt von vielen Abgeordneten durch Erheben von ihren Sitzen begrüßt. Im Ganzen ist das Haus seit den Weihnachtsferien noch nicht wieder sehr gefüllt. Es fehlen immer noch zahlreiche Mitglieder.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erfolgte die Wiederaufnahme der Vorberatung über den Entwurf einer neuen Kreisordnung. Der Gang der Debatte schien geeignet, die mehrseitigen Verheißungen in Betreff einer nunmehrigen rascheren Forderung dieses Gesetzgeb. werkes zu bestätigen. Dem Vernehmen nach hat die Staatsregierung als ungefähren Termin für den Schluß der Landtagsession vorläufig die Mitte des Monats Februar in Aussicht genommen. Räßt sich aber bei einem ferneren Hinziehen der Verhandlungen nicht erwarten, daß bis zu diesem Zeitpunkt die wichtigsten unter den noch rückständigen Vorlagen zur Erledigung gelangen werden, so kommt die Frage in Erwägung, ob die jetzige Sitzungsperiode gleich noch weiter auszudehnen, oder für die Dauer der Reichstagsession zu unterbrechen sei, um nach deren Ablauf zu Ende geführt zu werden. Man gibt sich indessen der Hoffnung hin, namentlich die Kreisordnung und die Hypothekenordnung bis Mitte Februar zum vollen legislativen Abschluß gebracht zu sehen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 9. Jan. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, ist die Mittheilung des „Gaulois“ von einem Handschreiben des Kaisers Franz Joseph an den Kaiser Napoleon unbegründet. — Nach dem gestrigen Verlaufe der Sitzung des Adressenausschusses hält man die demnächstige Demission der Minorität des Ministeriums für unzweifelhaft.

Schweiz.

Bern, 9. Jan. (Bund.) Von der Regierung des Kantons Zug ist bei dem Bundesrath die Anzeige erfolgt, daß, nachdem die Missionsprediger in Baar sich als dem Jesuitenorden angehörig erwiesen, denselben das öffentliche Auftreten auf der Kanzel oder als öffentliche Lehrer untersagt worden sei.

Italien.

Florenz, 7. Jan. Gotthardt-Bahn. In einem an die Handelskammer von Genua gerichteten Schreiben gibt der italienische Handelsminister Castagnola die Zusicherung ab, daß er, so lange er im Ministerium sitze, wie auch der Abgeordnete an die Gotthardt-Konferenz in Bern, Hr. Correnti, nichts verschäumen werde, um die an jener Konferenz gefaßten Beschlüsse schnellstens in Ausführung zu bringen; die Regierung werde ihrer Zeit vom Parlament die nöthigen Summen verlangen, um unter Mitwirkung der interessirten Provinzen und Gesellschaften die versprochene Subvention zu Stande zu bringen. Es verdient diese Thatsache der Erwähnung wegen der neulichen Nachricht von einer indifferenten Haltung des italienischen Ministeriums in Bezug auf die Gotthardt-Bahn.

Florenz, 10. Jan. Bei den gestrigen Wahlen wurden 2 Abgeordnete wieder erwählt: in Bignone, Hr. Lanza, Ministerpräsident; in Cossato Hr. Sella, Finanzminister; in Chiavari Hr. Castagnola, Ackerbauminister.

Frankreich.

Paris, 9. Jan. (Köln. Z.) Der neue Finanzminister hat am letzten Freitag die Gouverneure und Direktoren der großen Finanzinstitute empfangen. Der Minister drückte denselben den Wunsch aus, daß sie sich in Zukunft streng an die Grenzen ihrer Institutionen halten möchten, um so viel wie möglich finanzielle Unglücksfälle zu vermeiden, wie die seien, welche der Credit Mobilier verurursachte. Zugleich erklärte der Finanzminister, daß die Regierung die Absicht habe, sich der Ueberwachung zu begeben, die sie bisher über den größten Theil der finanziellen Institute ausgeübt; sie fände, daß sie dadurch zu oft ihren guten Ruf auf's Spiel gesetzt; auch beabsichtige sie deshalb die Posten eines Gouverneurs und Untergouverneurs des Credit Foncier abzuschaffen. Schließlich bemerkte dann noch der Finanzminister, „daß er die Beziehungen zu den großen finanziellen Comitaten (welche Hr. Fould eingeführt) nicht fortsetzen werde“. In der finanziellen Welt machten diese Erklärungen großes Aufsehen; man ist aber noch ganz im Unklaren, welchen Einfluß sie auf die Geschäftswelt ausüben werden. — Morgen bringt Crémieux seinen Antrag ein, dem zufolge Ledru-Rollin und Tibaldi in die Amnestie vom 15. August mit einbezogen werden sollen. — Die Maßregel, welche den Straßenerverkauf aller Journale bewilligt und die fremden Blätter den Zensoren des Ministeriums des Innern entzieht, hat in Paris großen Beifall gefunden. Diese Neuerung ging jedoch nicht ohne ziemlich heftige Debatten im Ministerrathe durch. Es scheint, daß ein Theil der neuen Minister sich immer noch nicht ganz vom alten System lossagen kann. — Nächsten Dienstag findet zu Ehren des Erzherzogs Albert von Oesterreich große Hezjagd in Rambouillet statt. — Gestern wurde der erste große Opernball abgehalten. Er war sehr belebt, und es gab sich mehr Witz und Geist kund, als in früheren Jahren. Die Masken hatten nämlich das politische Terrain betreten, was ihnen sonst streng verboten war. Viel Heiterkeit erregte eine Maske, welche die Aufschrift trug: Cabinet Talhouet au terme d'avril (Cabinet à louer au terme d'avril). — Wie es heißt, werden die neuen Minister, die mit Ausnahme von Emil Ollivier alle sehr reich sind, während des Winters große Feste geben. Louvet soll damit den Anfang machen wollen. Er erwarb sich sein großes Vermögen als Associé des Bankhauses Louvet und Trouilland in Saumur.

Paris, 10. Jan. Man behauptet, daß der General Le Boeuf nicht lange auf seinem Posten verbleiben wird und daß dem General Trochu Anerbietungen für das Kriegsministerium gemacht worden sind. Letzterer gilt für einen guten Redner. Man kann seinem baldigen Eintritt in's Ministerium entgegensehen. Der General Trochu soll mit dem Plane umgehen, das Gardekorps auf einen Effectivbestand von 12,000 Mann zu reduzieren.

Wie die „France“ meldet, ist Hr. Sencier definitiv zum Rhône-Präfekten ernannt worden. Sein Nachfolger als Generaldirektor des Personals im Ministerium des Innern ist Hr. v. Auribeau, bisheriger Präfekt des Somme-Departements.

Baron Hausmann wird erst morgen früh das Stadthaus verlassen, um nach Nizza zu gehen. Sein Nachfolger, Hr. Chevreau, wird morgen Abend in die Seine-Präfektur einziehen. Die „Opin. nation.“ will wissen, daß eine Anzahl von Mitgliedern des Municipalrathes von Paris beschloffen hat, in Folge der Amtsenthebung des Hrn. Hausmann ihre Demission zu geben. — Rente 74.27 1/2, Cred. mob. 213.75, ital. Anl. 55.95.

Paris, 10. Jan. Sitzung des Gesetzgeb. Körpers vom 10. Jan.

In der heutigen Sitzung verlangt nach Verlesung des Protokolls Hr. Ollivier das Wort: „Das neue Cabinet — sagt er — hält es für seine erste Pflicht, sich mit der Kammer in Verbindung zu setzen. Hierzu sind keine langen Reden nöthig. Die Meinungen, Strebungen, Doctrinen, Prinzipien und Absichten des neuen Cabinets sind bekannt. Augenblicklich, glaubt Redner, daß es hinreichend zu erklären: Wir bleiben im Ministerium Das, was wir vor-

her gewesen sind. Mit Berücksichtigung von Zeit und Umständen wird das Ministerium das begonnene Werk weiter fortführen. Es bedarf dazu das Vertrauen des Souveräns, welcher sich mit großer Hochherzigkeit zu den Reformen herbeigelassen hat; es bedarf auch des Vertrauens der Kammer; es verlangt dasselbe vor Allen, von der Majorität, der es für ihre Unterstützung, und von der Opposition, der es für ihre Kritiken dankbar sein wird. Und wenn andere Männer sich beeilen, ihnen die Last der Geschäfte zu überlassen. Keine Rekrutationen und keine Rücksicht mehr in die Vergangenheit! Es muß eine nationale Regierung gegründet werden, welche die Freiheit ohne Revolution und den Gang des Fortschritts ohne Gewaltthat sichert. Diese kurze Ansprache ward von der Kammer mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Schweden und Norwegen.

Zustizminister de Geer, der eigentliche Leiter des Kabinetts, denkt, wie es heißt, abzutreten und sich in ländliche Einsamkeit zurückzuziehen. Als sein Nachfolger wird der bisherige Minister des Innern, Adlercreutz, bezeichnet.

Griechenland.

* Athen, 8. Jan. Der König hat sich heute in Begleitung des Ministers Baloritris über Korinth nach Santa Maura begeben, um sich persönlich von der Größe des durch das neuliche Erdbeben verursachten Unglücks zu überzeugen und den Verunglückten Hilfe zu bringen.

Großbritannien.

* London, 8. Jan. Aus Sheffield wird ein ernstlicher Zusammenstoß zwischen Kohlengruben-Arbeitern der Zeche Thorncliffe gemeldet. Fünfhundert Gewerkschaftsmitglieder bedrohten mit Knütteln bewaffnet das Haus eines Nichtmitgliedes. Diesem kamen seine Anhänger zu Hilfe und da sie mit Revolvern bewaffnet waren, nahm die schnell herbeigeeilte Polizei die andere Partei in Schutz. Die Polizisten, etwa 100 an der Zahl, wurden stark mißhandelt. Ueber den Ausgang des Krawalls meldet der Telegraph Nichts, und fügt nur hinzu, daß die Aufregung in der Stadt eine ungeheure ist.

Seit Mitternacht wüthet ein fürchterlicher Orkan über's Land; allenthalben hört man Fensterscheiben und Dachziegel zu Boden fallen und Fleet-street, das Freßquartier, war heute Morgen zeitweise abgesperrt, nachdem das Einstürzen eines Kamins das Passiren lebensgefährlich gemacht hatte. Aus Shields wird gemeldet, daß ein großer Schraubendampfer, der offenbar auf dem Wege nach dem Kontinent war, in der Nähe von Flamborough Head mit dem Dampfer „Black Swan“ zusammenstieß und mit allen Mann an Bord — etwa 20 Personen — in wenigen Minuten zu Grunde ging. Der Name des unglücklichen Fahrzeugs ist nicht bekannt.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 11. Jan. 40. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hilbrandt.

Am Ministertisch: Staatsminister Dr. Jolly, Ministerialrath A. Eifenlohr.

Nach Eröffnung der Sitzung machte der Präsident einige geschäftliche Mittheilungen, insbesondere über die von den Abtheilungen vorgenommene Wahl neuer Kommissionen.

Vom Sekretär Schupp werden eine Anzahl von Petitionen angezeigt, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Donau-erschingen nach Schaffhausen; die Rechtsverhältnisse und Verwaltung der Stiftungen; die Beschränkung der Schulzeit im Sommer; verschiedene Landstraßen; die Zugrichtung der Eisenbahn von St. Georgen nach Willingen; die Vorlage eines Gesetzesentwurfs, die Rechtsverhältnisse der Arbeiter.

Hierauf folgt in der Tagesordnung die Berathung des Beschlusses des Abg. Näf über den Gesetzesentwurf einige Abänderungen der Wahlordnung betreffend.

Abg. Gerwig: Es handle sich um die Ausführung des durch die Verfassungsänderungen statuirten allgemeinen Stimmrechts mit indirekten Wahlen; es müsse bei dieser Vorlage auch das ins Gesicht gefaßt werden, daß der nächste Landtag schon in dieser Weise gewählt und daß die Eintheilung der Wahlbezirke geändert werde. Was das letztere betrifft, so haben kleine Städte von kaum 3000 Einwohnern das Recht, einen besondern Abgeordneten abzuschicken, während manche größere Städte kein besonderes Wahlrecht hätten, und die Land-Wahlbezirke viel umfangreicher seien (51,000 Seelen das höchste). Redner bekennet sich zu der Ansicht, daß immerhin noch den Stadt-Wahlbezirken wegen der dort vertretenen Intelligenz und materiellen Interessen ein Vorzug gegeben werden dürfe; dagegen müsse ein Modus einer gerechteren Eintheilung der Wahlbezirke unter Beibehaltung der bisherigen Grundzüge gefunden werden.

Staatsminister Dr. Jolly: Ueber diese Frage sei bereits von der Kommission mit der Regierung eine Vereinbarung getroffen worden und demnächst werde von der Regierung eine darauf bezügliche Vorlage gemacht werden. Uebrigens sei die Ungleichheit nicht so groß, als nach den paar flagranten Fällen angenommen werden könnte, vielmehr bewegen sich die meisten Wahlbezirke innerhalb des Rahmens des Durchschnitts (30,000 Seelen). Auch seien durchaus nicht evangelische Bezirke, wie manchmal behauptet werde, bevorzugt; es gebe vielmehr auch sehr kleine katholische, wie Baden und Landamt Freiburg.

Abg. Baumstark: Zwei Dinge fallen ihm an dem heutigen Entwurfe schwer, die Eintheilung der Wahlbezirke und die Uebergangsbestimmungen. Die bereits vereinbarte neue Eintheilung der Wahlbezirke werde wohl auf dem Prinzip der Ungleichheit, der Städtebevorzugung beruhen, während er für das demokratische Prinzip (auf 25,000 Seelen ein Abgeordneter) sich erklären müsse. Die eigenthümlichen Interessen der Städte könnten in der Ersten Kammer berücksichtigt werden. Die Bevorzugung der Protestanten bei Eintheilung der Wahlbezirke sei jedenfalls vorhanden, wenn er auch eine dieser Thatsachen zu Grunde liegende Planmäßigkeit nicht behaupten wolle. Wenn die Uebergangsbestimmungen, die die Kommission beantrage, angenommen würden, so gebe das Haus zu,

daß es einer Gesamterneuerung bringend bedürftig sei; wenn dem aber so sei, so solle dieses Haus die demnächst zu verhandelnden tief einschneidenden Vorlagen der Berathung einer neuen Kammer überlassen.

Staatsminister Dr. Jolly widerlegt die Behauptung des Vorredners, daß thatsächlich die Protestanten bei Abtheilung der Wahlbezirke bevorzugt seien, durch Anführung verschiedener sehr kleiner katholischer und sehr großer evangelischer Wahlbezirke. Der Wunsch des Abg. Baumstark, daß der gegenwärtige Landtag nicht mehr das Stimmrecht berathe, sei in den Verhältnissen ganz unbegründet, wenn auch vom Standpunkt des Vorredners sehr begründet.

Nach kurzer Erwiderung des Abg. Baumstark schließt sich Abg. Koder den Ausführungen des Abg. Gerwig an und wendet sich gegen den Abg. Baumstark mit der Bemerkung, daß die Männer im Sekreis vor der katholischen Volkspartei, auch wenn sie aufrührerisch durch's Land zöge, keine Furcht hätten.

Abg. Baumstark verwahrt sich dagegen, daß seine Partei Aufrührer ins Land trage, worauf sich Abg. Koder zu dem Beweise auf die Reden des Dr. Hansjakob und ähnliche Vorfälle bezieht.

Abg. Paravicini bittet die Regierung, den Wahlbezirk Eppingen bei der neuen Eintheilung mehr zu berücksichtigen.

Abg. Kiefer: Die Grob-Regierung sei durch diesen Entwurf bis an die Grenzen des von den Anhängern des direkten Wahlsystems Geforderten gegangen; es sei Alles gegeben, um das Volk zur staatlichen Mitarbeit heranzuziehen; daher sei es durchaus unberechtigt, wenn Abg. Baumstark als die Prinzipien der Reform der Wahlbezirke die der Ungleichheit bezeichnet habe. Der Staat verleihe ja das Wahlrecht im Interesse des öffentlichen Wohls, es gebe kein Recht jedes Menschen, gleich mit allen andern zu wählen; sondern der Staat könne eine Interessenvertretung seiner Wahlordnung zu Grunde legen, damit das Volkshaus, wie es das Wohl des Landes heiße, ein lebendiges Spiegelbild des Landes werde. Nach ihrer innern Natur sei die Landbevölkerung etwas Gleichförmiges, während die Stadtbevölkerung eine komplizierte Erwerbsgenossenschaft darstelle; der Verschiedenheit dieser Körper müsse in der Wahlordnung Rechnung getragen werden. Eine bloß nach Köpfen ohne Berücksichtigung der natürlichen Unterschiede geschaffene Eintheilung der Wahlbezirke sei ein bloß theoretisches Phantom. Nur weil die katholische Volkspartei wisse, daß in der Landbevölkerung wegen der Macht der Landgeistlichen ihre Kraft stehe, nicht wegen der spekulativen Erkenntniß eines Urwahlrechts, wolle sie diese ganz demokratische Eintheilung der Wahlbezirke. Daher sei es gerathen, jetzt nur die crassen Ungleichheiten des bisherigen Systems, unter Beibehaltung des letztern, zu beseitigen, wie dies ja auch im Mutterlande des Parlamentarismus, in England, geschehen sei. Der Abg. Baumstark habe jedenfalls kein Recht, an dieses Haus zu fordern, daß es sich wegen irgend eines diesem Redner mißliebigen Gesetzes selbst auflöse; denn dieses Haus habe in seiner Mehrheit, vom Volke vertrauen gewählt, nach rein freisinnigen Grundfätzen seine Thätigkeit bisher vollzogen, während die auf der rechten Seite an jenen Platz durch die geistliche Bureaucratie, den Klerus, gehoben worden seien.

Abg. Lindau: Die Kommission bekenne in dem Schlusse antrag einstimmig die Unhaltbarkeit des bisherigen Wahlmodus; es sei darum wünschenswert, daß kein nach diesem gewählter Landtag mehr tage. Bezüglich der Eintheilung der Wahlbezirke schließt sich Redner den Ausführungen des Abg. Baumstark an und hält die Behauptung aufrecht, daß die Katholiken bei der bisherigen Eintheilung der Wahlbezirke benachtheiligt seien.

Wir bemerken, daß die Kommissionsanträge lauten:

1) Der Gesetzesvorlage mit den zu Art. II. vorgeschlagenen Aenderungen und mit folgender Uebergangsbestimmung Ihre Zustimmung zu ertheilen: Für den nächsten ordentlichen Landtag findet eine Neuwahl sämtlicher Abgeordneten der Zweiten Kammer nach diesem Gesetze und dem Gesetze: die Aenderung einiger Bestimmungen der Verfassungsurkunde betr. statt. Das Gleiche findet, wenn in der Zwischenzeit der Landtag aufgelöst werden sollte, für einen außerordentlich zu beauftragenden Landtag statt. 2) An hohe Regierung die Bitte zu richten: womöglich noch auf diesem Landtage einen Gesetzesentwurf über die Neueintheilung der Aemterwahlbezirke und über Aenderung der Bestimmungen bezüglich der Städtewahlbezirke vorzulegen.

Abg. Kirsner wünscht ebenfalls eine Neueintheilung der Wahlbezirke und wendet sich gegen die Behauptungen, daß die Katholiken planmäßig bei der Wahlbezirkseintheilung benachtheiligt seien und daß der Geist der Verfassung die ganz gleichmäßige Vertheilung der Wahlbezirke auf die Bevölkerung fordere.

Abg. Tritschler unterstützt, den Ausführungen des Abg. Gerwig beitreten, den Kommissionsantrag.

Abg. Koberger macht darauf aufmerksam, ob nicht die Partialerneuerung ganz aufgehoben und die Mandatsdauer abgekürzt werden solle.

Abg. Lamey glaubt auch, daß dieser Landtag die oben berührten Punkte lösen müsse, damit nicht wieder beim folgenden Landtag die Frage der Auflösung des nach der alten Ordnung gewählten Landtags sich aufwerfe. Die staatsrechtlichen Begriffe der andern Partei seien wohl nicht ganz korrekt; die Uebergangsbestimmungen seien durchaus kein Zugeständniß, wie jene meine, daß dieser Landtag das Vertrauen des Volkes nicht habe; sondern nur weil die jetzt vorliegende, tiefer einschneidende Aenderung das Weiterbestehen des bisherigen Landtags zugleich mit der Anwendung der neuen Grundzüge thatsächlich nicht gestatte, Sorge die Uebergangsbestimmung dafür, daß mit Beendigung dieses Landtags die Anwendung des bisherigen Rechts ganz aufhöre.

Ueber die Eintheilung der Wahlbezirke werde erst, wenn die betreffende Vorlage gemacht sei, erschöpfend verhandelt werden können. Die vom Abg. Lindau früher vorgebrachte Darlegung, wornach die Katholiken hierbei benachtheiligt seien, sei insofern unrichtig, als sie nur das für seine Ansicht

Sprechende vorbringe und das darüber Anzuführen verschweige. Und jedenfalls hätten die Protestanten, wenn sie zufällig einen kleinen Vorzug voraus hätten, davon keinen illoyalen Gebrauch gemacht; sondern gerade die katholischen Abgeordneten hätten stets am meisten sich gegen die Uebergriffe der katholischen Kirche gewehrt. — Für die Beibehaltung einer gewissen Ungleichheit spreche, daß die Idee der Gleichheit nicht ohne Unrecht durchgeführt werden könne, es gebe ja eine große allgemein anerkannte Ungleichheit der öffentlichen Pflichten; es gebe von Natur auch keine tatsächliche Gleichheit der Menschen, so auch keine ihrer Rechte.

Abg. Lender: Dem Volksstaate gehöre die Zukunft; daher das Wahlrecht sich auf die Grundzüge des allgemeinen gleichen Volksrechts gründen müsse. Die Intelligenz der Städte werde von selbst ihrem Einflusse Bahn brechen; die Landbevölkerung sei eben so intelligent und habe auch Sinn für ihre materiellen Interessen. Ueberhaupt sei Intelligenz eine Phrase. — Redner wendet sich sodann gegen die Ausführungen des Abg. Kiefer; auch seine Partei habe das Vertrauen des Volkes und sei nicht bloß vom Klerus in die Kammer gewählt; ja der Klerus habe seine Pflicht noch lange nicht genug gethan (Weiterkeit). Daß in Bezug auf die Vorlage des Gesetzes die Auflösung des Landtags gefordert werde, sei durchaus nicht unbescheiden.

Abg. Kiefer äußert sich über die vom Abg. Koberger angeregten Fragen und wendet sich gegen einige Bemerkungen des Vorredners.

Abg. Hoff: Gerade der Gesetzesentwurf über die Stiftungen sei noch Eigenthum dieses Landtags; da er von diesem angelegt und gründlich betarthen worden, müsse er auch von diesem vollendet werden.

Nach einigen Aeußerungen des Abg. Baumstark ergreift Abg. Ehard das Wort und bedauert, daß bei jeder Gelegenheit der alte Kampf von Seiten der Rechts aufgerührt werde. Redner wendet sich sodann gegen die Aeußerungen des Abg. Lender und weist auf das jetzt tagende Konzil hin, welches durchaus nicht den von jenem Abgeordneten so empfohlenen demokratischen Stempel habe und wo der Dissen der Bischöfe zeige, daß es nicht bloß einerlei Art von Katholiken gebe. Die Diener der Kirche hätten sich bis an die äußerste Grenze des Erlaubten an den Staatswahlen betheiliget, viel mehr als die Amtmänner, welche doch ein regeres Interesse an den Staat knüpfte. Jedenfalls so gut als diese Partei habe die Mehrheit das Recht, zu sagen, sie sei durch das Vertrauen des Volkes auf diesen Platz gestellt, und die Kammer könne mit gutem Gewissen ihre Arbeit, die sie einmal angefangen, zu Ende führen. Auf die bloßen Aufforderungen der katholischen Volkspartei werde sie den ihr gesetzlich jetzt noch zustehenden Platz nicht verlassen. (Bravo.)

Nach einer Aeußerung des Abg. Koberger gegenüber dem Abg. Kiefer spricht Abg. Lenz über Beibehaltung des bisherigen Systems der Wahlbezirkseintheilung mit einigen zeitgemäßen Aeußerungen.

Abg. Lender hebt hervor, daß das Christenthum das echt demokratische Prinzip zur Grundlage habe und daß das Vorhandensein dissentirender Ansichten im Konzil, welche Redner selbst theilt, gerade Zeichen frischen Lebens sei.

Abg. Lamey besteht gegenüber den Aeußerungen des Abg. Baumstark auf der Ansicht, daß nach staatsrechtlichen Prinzipien die alsbaldige Selbstauflösung des Landtags unter Zurücklassung der unvollendeten Gesetzgebungsarbeiten nicht am Platze sei. Gegenüber dem Abg. Lender macht Redner darauf aufmerksam, daß zwar das Christenthum, aber nicht die katholische Kirche demokratisch sei und gerade die Einrichtung der letztern das nie erreichte Vorbild aller Bureaucratie abgebe.

Der Berichterstatter Abg. Näf verteidigt die von der Kommission gestellten Anträge. Was die Eintheilung der Wahlbezirke betreffe, so habe Abg. Baumstark früher selbst sich für Einführung besondrer städtischer Wahlbezirke erklärt. Die Verfassung sowohl, als die natürlichen Verhältnisse befürworten die Beibehaltung eines gewissen Vorzugs der Städte-Wahlbezirke. Was den zweiten Antrag betreffe, so sei ein Weitergehen, welches von den Vertretern der katholischen Volkspartei gewünscht werde, die Selbstauflösung der Kammer, konstitutionell überhaupt nicht zulässig, ganz abgesehen davon, daß diese Maßregel unzumuthbar, ja unschicklich sei.

Hierauf wird zur Spezialberathung übergegangen.

Zu Art. 1 beantragt Abg. Lindau, daß auch §§ 46 und 47 (betreffend die Zusammensetzung der Wahlkommission) geändert werden möchten; ebenso daß statt der zwei aus den höchstbesteuerten Bürgern zu nehmenden Mitglieder die zwei jüngsten Gemeindeglieder hineingenommen würden.

Abg. Koberger theilt die eben ausgesprochene Ansicht und macht darauf aufmerksam, daß nach Aufhebung des § 45 die Frage, ob der Wahlmann in dem ihn wählenden Distrikte wohnen müsse, ausdrücklich gelöst werden müsse.

Ministerialrath Eifenlohr erklärt, daß diese Frage durch das Gesetz über die Veränderung einiger Verfassungsbestimmungen dahin gelöst sei, daß der Wahlmann bloß im Wahlbezirk wohnen müsse.

Nach den Bemerkungen der Abgg. Koberger und Näf wendet sich Abg. Kiefer gegen den Antrag des Abg. Lindau, und spricht sich Abg. Urban für Zurückweisung des Art. 1 an die Kommission zur nochmaligen Berathung aus.

Staatsminister Dr. Jolly bittet, den Antrag des Abg. Lindau, welcher ganz unzumuthbar sei, zu verwerfen.

Es folgen noch Bemerkungen des Abg. Koberger und des Berichterstatters, und wird hierauf Art. 1 nach dem Regierungsentwurf angenommen.

Zu Art. 2 macht Abg. Koberger darauf aufmerksam, daß nach dem neuen Entwurfe, wornach Kolonien u. dgl. mit einer benachbarten Gemeinde zu einem Wahlbezirk vereinigt werden sollen, die Frage, wo eine Kolonie und Hofgut zu wählen habe, nicht bestimmt entschieden sei und daß an die Stelle des Gutfindens der landesherrlichen Kommissäre über die Vereinigung kleinerer Gemeinden zu einem Wahlbezirk

und die Einteilung der Stadtdistrikte besser die örtliche Lage als entscheidend festgesetzt werden dürfte.

Der Berichterstatter Abg. Käf vertheidigt gegenüber diesen Ausführungen die Regierungsvorlage.

Staatsminister Dr. Jolly hebt hervor, daß der landesherrliche Kommissär ja gar keine so exorbitante Macht habe und ein gewisses Ermessen, das aber immer den örtlichen Verhältnissen zu entsprechen habe, hier wahren müsse. Es sprachen hierüber noch die Abgg. Hoff und Paravicini, letzterer insbesondere dafür, daß die Wahlbezirke für Kreis- und Abgeordnetenwahlen möglichst zusammengelegt werden möchten, und Staatsminister Dr. Jolly, welcher hervorhebt, daß dann zuerst wieder wie nach der Regierungsvorlage auf 250 Seelen ein Wahlmann zu wählen sei, was auch bei den Kreiswahlen der Fall.

Abg. Lenz stellt sodann den Antrag auf Wiederherstellung des Regierungsentwurfs (auf 250), statt wie die Kommission beantragt auf 200 Seelen, einen Wahlmann zu ernennen, gegen welchen Antrag sich Abg. Kiefer wendet: man soll nicht aus Bequemlichkeitsrücksichten einen Fortschritt, die Annäherung an das allgemeine direkte Stimmrecht durch Vergrößerung der Wahlmännerkörper, hindern.

Abg. Kofhört schließt sich dieser Ansicht an und hält seine früher gemachten Ausstände aufrecht.

Nachdem sich noch die Abgg. Lenz und Kirsner im Sinne des Vorschlags des Abg. Paravicini ausgesprochen hatten, macht Staatsminister Dr. Jolly darauf aufmerksam, daß auch durch diesen eine Gleichstellung der Distrikte für Kreis- und Abgeordnetenwahlen nicht durchgängig hergestellt würde.

Abg. Paravicini formuliert seinen Antrag dahin, daß die Bestimmung des Art. II. insofern geändert werden möge, daß Gemeinden, welche mehr als 10 (nicht 8 wie nach dem Regierungsentwurf) Wahlmänner zu wählen haben, in 2 oder mehr Wahlbezirke getheilt werden sollen.

Abg. Kusel bringt in Anregung, den Art. II. zur nochmaligen Berathung an die Kommission zurückzuweisen.

Bei der Abstimmung werden hierauf die Anträge des Abg. Paravicini und des Abg. Kofhört (statt „benachbarten“ Gemeinden zu setzen, „den zunächst gelegenen G.“) abgelehnt; der Antrag des Abg. Lenz ist nicht unterstützt. Der Art. II. wird also nach dem Regierungsentwurf angenommen, ebenso ohne Diskussion Art. III. und Art. IV. § 1.

Zu Art. IV. § 2 stellt der Abg. v. Rottke den Antrag, daß zur Wahrung des Wahlgeheimnisses eine Bestimmung aufgenommen werden möge, wonach die Stimmzettel in ein Couvert gehüllt werden sollten, welchen Antrag Abg. v. Feder unterstützt. Der Antrag wird nach einigen Bemerkungen des Abg. Lamey und Staatsministers Dr. Jolly abgelehnt.

Zu Art. IV. § 1 bringt Abg. Lindau in Anregung, die Listen zur Vermeidung der oft vorkommenden Auslassungen zweckmäßiger zu veröffentlichen, etwa durch Drucken und Anschlag an Rathhaus.

Ministerialrath Eisenlohr macht darauf aufmerksam, daß jetzt die Listen ja auch zur allgemeinen Einsicht offen lägen und durch die Annahme des Vorschlags des Abg. Lindau viele Kosten entstünden.

Abg. Lamey: Nur in großen Gemeinden sei der Vorschlag des Abg. Lindau von Erheblichkeit, hier aber sei derselbe nicht durchführbar und mit Kosten, die dem damit zu Erreichenden nicht entsprechen, verbunden, welchen Ausführungen sich der Berichterstatter Abg. Käf anschließt.

Da kein Antrag gestellt ist, wird zu § 3 übergegangen. Hiezu stellt Abg. Lender den Antrag, einen dahin gehenden Zusatz aufzunehmen, daß die Wahlkommission weder durch Empfehlung, noch Vorschläge, noch in sonst einer Weise die Wahlfreiheit beschränken dürfe.

Nachdem sich der Berichterstatter Abg. Käf hiergegen erklärt hatte, wird Art. IV. angenommen ohne Abstimmung über diesen nicht unterstützten Antrag.

Endlich bringt bei Berathung der von der Kommission beantragten Uebergangsbestimmungen der Abg. Lindau einen Antrag ein, wonach in 2. Satz des 1. Kommissionsantrags die Worte „wenn in der Zwischenzeit der Landtag aufgelöst werden sollte“ zu streichen sind. Dieser Antrag bezweckt, der Grob. Regierung aufzuerlegen, daß sie die Volksvertretung, wenn vor der verfassungsmäßigen Zeit die Einberufung derselben nöthig werden sollte, nicht mehr als diesen Landtag, sondern nach dem neuen Gesetz gewählt einberufen müsse. Ueberdem habe diese Kammer, da sie, wie Redner glaubt, nicht den Willen des Volks repräsentire, die Pflicht, sich alsbald selbst aufzulösen.

Hiergegen erhebt sich der Berichterstatter Abg. Käf und Abg. Kusel, worauf Abg. Lindau repliziert.

Der Antrag des Letzteren wird nicht unterstützt. Die beiden Anträge der Kommission werden sodann angenommen; ebenso bei namentlicher Abstimmung das ganze Gesetz mit allen Stimmen.

Schluss der Sitzung.

Vermischte Nachrichten.

Witzburg, 9. Jan. Der Herrscher Wetterprophet, Dr. J. Heidenreich, ist am 6. d. verstorben.

Leipzig, 7. Jan. (Sch. M.) Am Abend des Unglückstages in Dresden, an welchem das schöne Hoftheater in Asche sank, fand der Sängergreis Tischler, gelebt auf den Arm seiner Gattin, in der Nähe des Semperischen Prachtbaues und weinte schmerzliche Thränen über das Dahinsinken jenes Kunsttempels. Sonntag den 16. d. werden sein Auge wohl freudenthränen füllen; denn an diesem Abend wird er im Interims-Theater Mozart's „Zomeneus“ singen zur Feier seines vierzigjährigen Bühnenjubiläums. Am 16. Jan. 1830 er von Graf Gallenberg, dem damaligen Bächter der Kärnthnertheater in Wien, auf die Empfehlung Konradin Kreutzer's hin als Chorist engagirt mit 140 fl. Sage, und auch hievon erhielt der Sänger, da Gallenberg alsbald bankrott wurde, nur eine Monatsrate. Am 17. Jan. 1868 waren es 30 Jahre, daß Tischler in Dresden engagirt ist.

Wien, 8. Jan. (N. Fr. Pr.) Der Dichter Schaufert hatte gestern Vormittag das Unglück, in der Augustinerstraße von einer Privatequipage überfahren zu werden. Wie wir aus bester Quelle erfahren und zur Beruhigung der zahlreichen Freunde des Dichters mittheilen, erlitt der Dichter, obgleich ihm die Räder oberhalb des Knöchels über beide Beine gingen, doch keine irgendwie bedenkliche Verletzung, sondern nur ganz unbedenkliche Kontusionen, von denen er nach der Versicherung des Arztes, in Bälde hergestellt sein wird.

Der in der Alterthumsammlung des verstorbenen Obersten Friz Schwab zu Bern befindliche sogenannte silberne „Burgunder-Becher“, eine Siegesbeute der Bieler aus der Schlacht bei Granjon, ist für die hohe Summe von 8100 Fr. an einen Antiquitätenhändler von Baden-Baden verkauft worden. Er stellt ein künstlich gearbeitetes Schiff vor, das mit vollen Segeln steuert, das Schiff der Göttin Fortuna, die den Herzog Karl den Kühnen so schnell verlassen hat, nachdem sie ihm so lange gnädig gelächelt.

Das joviale Appenzeller Bällchen hat der bekannten Proklamator wenig Gehör geschenkt. Es wurden nämlich am letzten Tag des Jahres den weltlichen und geistlichen Würdenträgern mit vielen Geräuschen die üblichen Ständchen gebracht, und während der Neujahrszeit gieng überhaupt so lustig zu, wie je vorher. Man jubelte, lärmte, sang und tanzte, als ob gar keine Regierungsveränderung vorhanden wäre, und den Behörden kam es nicht in Sinn, zu interveniren, sie ließen der Freude und dem Jubel ihren Lauf.

Paris, 8. Jan. Traupmann, hat gestern, wie der „Gaulois“ meldet, den Besuch zweier Geistlichen empfangen, von denen der eine, der Abbe Borner, Pfarrer in Gernay ist und Traupmann seine erste Kommunion abgenommen hat. Während dieser Unterredung, in welcher der Pfarrer von Gernay in dem Angeklagten gewisse Familienerinnerungen wachrief, legte der Letztere seine Empfindsamkeit an den Tag, die man bisher noch nie an ihm beobachtet hatte. Man glaubt, daß der Abbe Borner, welcher eigens die Reise nach Paris gemacht hat, um dem Unglücklichen in's Gewissen zu sprechen, seine Besuche in la Rocheville fortsetzen werde. Auch mit dem Advokaten Laquand und Bogerien hatte Traupmann gestern eine Unterredung, welche etwa eine Viertelstunde dauerte.

Livingstone. Der Sekretär der „zentral-afrikanischen Mission“ veröffentlicht eine Stelle aus einem Briefe von Bischof Leger, d. d. Zanzibar, 25. Okt. 1869, in welchem es heißt: „Der wenige Tage sprach ich mit einem arabischen Handelsmann, welcher mir mittheilte, daß er Dr. Livingstone vor vier Monaten in Udsicht gesehen habe.“ Wenn diese Angabe des Mannes zuverlässig ist, so reichen die Nachrichten über Livingstone bis Juli vorigen Jahres und der berühmte Reisende wäre demnach den Gefahren im Lande der Kanibalen, deren er in seinem letzten Briefe Erwähnung that, glücklich entgangen.

Ein gewisser Don José Goyarrago hat einen Plan zur Wiederbelebung der Sklaverei für die Insel Kuba entworfen, welcher unter den Grundbesitzern der Insel zirkulirt, ziemlich viel Aufsehen macht und verhältnismäßig viel Billigung findet. Den Nachschub von Menschenfleisch hätte hienach Spanien zu liefern und zu diesem Zweck an der afrikanischen Küste eine Reihe von Stationen zu gründen unter dem Namen: Kolonien zur Erziehung und Befreiung afrikanischer Wilden. Schon dieser Name ist bezeichnend; die Religion soll, wie so manche, so auch diese schlechte Sache bedecken. Hoffentlich wird das heuchlerische Projekt in Spanien nie Verachtung finden, die es verdient.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 8. Jan. Das Verordnungsblatt der Grob. Verordnungsstelle Nr. 1 enthält:

I. Allgemeine Verfügungen. Die Befehlsanweisung der Dienstangehörigen durch das Fahrpersonal betr.

II. Sonstige Bekanntmachungen. 1) Nachtrag zur Zeitungspreiskliste. 2) Porzionmäßigkeit im Korrespondenzverkehr mit Bolivia, Ghibi u. i. w. über Osnabrück-England. 3) Korrespondenzbeförderung nach San Salvador über Neu-York. 4) Waarenklassifikation im Antwerpen-Basler Güterverkehr. 5) Waarenklassifikation im belgisch-badisch-württembergischen Güterverkehr. 6) Berichtigung des 2. Nachtrags zum badisch-französischen Gütertarif.

Mannheim, 10. Jan. (Mannh. Bl.) (VII. Mittelrheinisches Musikfest.) Auf Einladung des hiesigen Musikvereins tagten hier gestern mit demselben die Delegirten der verbündeten Städte Dormstadt, Mainz und Wiesbaden. Nach gestriger Berathung, an welcher auch Hr. Hofkapellmeister Lachner sich betheiligte, wurde die Abhaltung des VII. mittelrheinischen Musikfestes am 3. und 4. Juli 3. in Mannheim in zur Säcularfeier der Geburt Beethovens beschlossen. Das Programm der aufzuführenden Werke wurde, wie folgt, festgestellt: 1. Tag. Festsouvertüre von Beethoven. Missa solennis von Beethoven. II. Tag. Ouverture zur Genoveva von Schumann. Arie von Mozart. Mirjams Siegesgesang von Schubert. Szene für Chor, Alt und Orchester aus Tobias, von Haydn. III. Psalm von Mendelssohn-Bartholdi. Symphonie C-moll von Beethoven.

Lauberbischofsheim, 10. Jan. (Laub.) In der gestern im Rathhaussaal abgehaltenen Versammlung, welche von dem größten Theil unserer Gewerbetreibenden und vielen Landwirthen besucht war, wurde nach längerer eingehender Besprechung bezüglich des Fortbestandes der Gewerbeschule Beschluß gefaßt. Man einigte sich dahin, in Zukunft das Schulgeld fallen zu lassen und die Anschaffung der Schulrequisiten auf die Gemeinde zu übernehmen; die Stunden während des Winters auf den Abend, während des Sommers auf den frühen Morgen zu verlegen, um den Lehrlingen den Besuch der Schule zu erleichtern.

Wallbörn, 9. Jan. Auf Anregung unseres Oberamtmanns Hördt hat sich hier ein Borshülfsverein für den diesseitigen Amtsbezirk konstituir.

Gernsbach, 9. Jan. (Wart.) Die an der Herstellung einer Bahn durch das obere Murgthal am meisten interessirte hiesige Saffianfabrik hat an geeigneter Stelle um die Konzession zur Herstellung einer Pferdebahn (von Gernsbach das Thal aufwärts) nachgesucht. Nach dem Projekt soll bis Gausbach die jetzige Fahrstraße benutzt, von da an aufwärts eine neue Straße auf dem rechten Murgufer angelegt werden, so daß Jorbad links liegen bliebe.

Freiburg, 9. Jan. (Fr. Z.) Gestern Abend hatten wir ein aus Südwesten kommendes, ziemlich starkes, von Donnerstößen begleitetes Gewitter, das etwa 15 Minuten andauerte. Der Regen währte die ganze Nacht; doch jetzt, gegen Mittag, klart es sich auf,

und auch die Heftigkeit des Sturmes läßt nach. Der Thermometer zeigt 5 Gr. R.

Von der Brigach, 8. Jan. (Heid. Zig.) Welchen Gewinn unsere Gegend schon aus dem Eisenbahnbau gezogen, erhellt daraus, daß die Baukosten, welche mit der Domänenverwaltung Billingen verbunden ist, im abgelaufenen Jahre 2 Millionen 30,000 fl. vorausgibt hat. Auf der Sommerau, oder vielmehr unter derselben tief in der Erde wird rühlig den ganzen Winter über gearbeitet. Das neue Sprengmittel, das auf der Aze weit vom Norden herbeigeführt werden muß und schon deshalb sehr theuer ist, hat ungeheure Wirkungen, doch ist die Gefahr für die Arbeiter um so größer. — In Billingen wird wahrscheinlich eine Zweigmusikschule für die dortigen Musikwerkmacher errichtet werden, der neue Wanderlehrer ist im Stande, auch dort einmal die Woche Unterricht zu geben.

Donaueschingen, 10. Jan. (D. Wochenbl.) Auch bei uns ist nunmehr die Gründung eines national-liberalen Vereins im Werke und die hierzu von unserm Abgeordneten, Hrn. Kirsner ergangene Einladung bereits mit zahlreichen Unterschriften bedeckt.

Füllendorf, 8. Jan. (Konst. Z.) In dem am letzten Mittwoch abgehaltenen Bürgerabend referirte der Abg. des Bezirks, Hr. Heilig über die vom Landtage beschlossenen, sowie über die noch bevorstehenden Gesetzesvorlagen und erwartete sich durch die klare Erläuterung derselben den Dank und Beifall der zahlreich Versammelten. Der Aufforderung, der liberalen Partei Badens aktiv beizutreten, wurde gern entsprochen, und die aufgelegte Liste zu Monatsbeiträgen allseitig unterschrieben. — Bei dem nächsten Bürgerabend wird der häusliche Haushalt durch Hrn. Bürgermeister Meyer erörtert werden.

Karlsruhe, 10. Jan. (Strafammer.) Heute wurden die Urtheile in den am 7. d. M. verhandelten Preßprozessen gegen den „Bad. Beobachter“ verurtheilt. Johann Grohmann, der Drucker, ist freigesprochen, hingegen Redakteur Verberich in dem ersten und dritten Fall wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu drei Monaten und fünf Wochen Kreisgefängniß und 100 fl. bezw. 50 fl. Geldstrafe, in dem zweiten Falle wegen Ehrenkränkung Sr. Excellenz des Grob. Hrn. Staatsministers Dr. Jolly in Beziehung auf dessen Dienst zu einer Kreisgefängnißstrafe von 8 Wochen verurtheilt worden.

Sämmtliche Gefängnißstrafen sind auf der Festung Rastatt zu erfüllen. Bezüglich einzelner inkrimirtirter Stellen nahm der Gerichtshof den Thatbestand des Vergehens von 631a des St. G. B. nicht an, was zur Folge hatte, daß die Grob. Staatskasse in einen Theil der Kosten verurtheilt wurde.

Karlsruhe, 10. Jan. Am 22. Sept. v. J. wurde dahier bei Gelegenheit des landw. Jubiläumstages ein Verein zur Fortbildung des Fußbeschlages im Großherzogthum Baden gegründet. Dieser Verein bezweckt, den Fußbeschlager in wissenschaftlicher und künstlerischer Hinsicht fortzubilden, sowie die gesellschaftliche Stellung der Fußschneider und ihre gewerblichen Verhältnisse zu verbessern. Zur Erreichung dieses Zweckes dient insbesondere ein Blatt unter dem Titel „Der Amboss“, Monatsblatt zur Fortbildung des Fußbeschlages, dessen erste Nummer soeben erschienen ist. Die Redaktion besorgt Hr. C. J. Fuchs. (S. die betr. Anzeige im vorgestr. Bl.)

Mannheim, 10. Jan. (Kursbericht der Mannheimer Börse.) Das Geschäft in Getreide war auch heute noch nicht sehr belebt; doch fanden zahlreiche Abschlässe in Weizen an inländische Mühlen zu notirten Preisen statt. In Roggen und Hafer wurde zum Versandt rheinabwärts Mehreres gehandelt. Gerste stille. Als bezahlte Preise notiren wir: Weizen, effektiv hiesiger Gegend, 200 Zollfund, 11—11 1/2 fl., ungarischer 12 fl. 30 kr. bis 13 fl. — fr., fränkischer 11—11 1/2 fl. — Roggen, effektiv 8 fl. 30 kr. — Gerste, effektiv hies. Gerend, 9 fl. 15 kr. bis 9 fl. 30 kr., fränkische — fl. — fr., württembergische 8 fl. 15 kr. bis 8 fl. 40 kr., Pfälzer 1. 9 fl. 20 kr. — Hafer, effektiv 100 Zollfund 7 fl. 36 kr. — Kernen, effektiv 200 Zollfund 10 fl. 30 kr. bis 10 fl. 45 kr. — Delsamen, deutscher Kolbrops — fl. — fr. — Bohnen 11 fl. 30 kr. bis 12 fl. — fr. — Weizen 9 fl. bis 11 fl. — Kleesamen, deutscher 1. 30 bis 32 fl. — fr., II. 26 fl. bis 28 fl. — fr., Luzerner 24 fl. 30 kr. bis 25 fl., Gsparrte 8 fl. 45 kr. bis 9 fl. 30 kr.

Leinöl, Rübböl und Petroleum unverändert. Del: (mit Faß) 100 Zollfund Leinöl, effektiv Inland, in Partien 20 fl. 15 kr. G., 20 fl. 30 kr. P., sahwaise 20 fl. 30 kr. G., 20 fl. 45 P. — Rübböl, effektiv Inland, sahwaise 25 fl. — fr. P., in Partien 24 fl. 45 kr. P. — Rest: 100 Zollfund Weizenmel Nr. 0 9 fl. 30 kr. P., Nr. 1 8 fl. 30 kr. P., Nr. 2 7 fl. 24 kr. P., Nr. 3 6 fl. 20 kr. P., Nr. 4 5 fl. 24 kr. P. — Branntwein, eff. (50% n. Tr.) transit (150 Litres) 18 fl. — fr. G. — Petroleum, in Partien verzollt, nach Qualität 15 fl. — fr. bis 15 fl. 30 kr. G.

Frankfurt, 11. Jan. Nachm. Oesterr. Kreditaktien 255, Staatsbahn-Aktien 393 1/2, Silberrente 57 1/2, 1860r Loose 81 1/2, Amerikaner 91 1/2.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

10. Jan.	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Procenten.	Wind.	Himmelm.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 6,6"	+ 4,8	0,79	S.W.	bn. bed.	wind. kühl, R. Reg.
Morg. 2 "	27° 7,2"	+ 4,8	0,79	"	"	trüb, kühl
Nachts 9 "	27° 8,0"	+ 3,7	0,85	"	"	"

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kraentlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 13. Jan. 1. Quartal. 8. Abonnementsvorstellung. Die Karlschüler, Schauspiel in 5 Akten, von Laube.

Freitag 14. Jan. 1. Quartal. 9. Abonnementsvorstellung. Neu einstudirt: Hohengrin, Oper in 3 Akten, von Richard Wagner.

Theater in Baden.

Mittwoch 12. Jan. Abenteuer in Rom, Lustspiel in 5 Akten, von Roderich Benedix.

N. 348. Geisingen.
Freunden und Bekannten
 widmen wir die Trauernachricht, daß unser lieber Sohn, **Richard, Apothekerlehrling**, im 23. Lebensjahre am 5. d. M. in Donauwörth in Folge eines Herzschlags plötzlich starb.
 Um stille Theilnahme bitten,
Geisingen, den 7. Januar 1870,
 Die trauernde Familie:
W. Kreuzer.

N. 357. Wörthheim, 9. Jan. Auf Wunsch der Redaktion der "Barie" erkläre ich, daß in dem berichtigten Artikel die Ausdrücke Gift und Vergiftung nicht enthalten waren. Für den Fachmann bedeutet in diesem Zusammenhang der Ausdruck starke Tropfen allerdings das Gleiche und hat sich meine Ansicht über den wohlwollenden Verfasser selber nicht geändert.
E. Großholz, Apotheker.

N. 325. Nr. 62. L a d e r.
Bekanntmachung.
 Die höhere Mädchenschule in Lahr betr. An der höheren Mädchenschule in Lahr kommt auf fünfjährige Oden die Stelle einer Industrieherrin, mit einem jährlichen Gehalt bis zu 300 fl., nebst freier Wohnung und Holzbezug, in Erledigung.
 Bewerberinnen um diese Stelle, unter denen geprüfte Lehrerinnen vorzugsweise berücksichtigt werden, haben sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse binnen 3 Wochen darüber zu melden.
Lahr, den 7. Januar 1870.
 Der Verwaltungsrath.
F o l l e r.

Hollanders!
 Alle hier anwesende **hollanders** werden op Maandagavond te **8 ure (17. Januar)** nitzaandogde zich te verzamelen in **café Bilschuer**, links. **N. 353.**

Offene Postgehilfenstelle.
N. 345. Auf einer kleinen Post, verbunden mit Wirthschaft, bedarf man eines Gehilfen, welcher die laufende Postexpedition und die wenigen Postbestellungen zu besorgen, sowie auch dem Kellnerdienste sich zu unterziehen hat. Respektvolle, welche die für Privatpostgehilfen vorgeschriebenen Zeugnisse auszuliefern vermögen, können die Station bei der Expedition dieses Blattes erfahren.

Carl Arleth, großh. Hoflieferant in Karlsruhe, empfiehlt frische franz. Soles, frische engl. Austern, ächt russ. Caviar, ger. Rheinlachs, Picklinge zum Robessen etc., auch Caviar in 1/2 und 1/4 Pfund-Päckchen, — ebenso frischen Ostseefisch im Detail. — **N. 354.**

MÉDAILLE DE LA SOCIÉTÉ DES SCIENCES INDUSTRIELLES DE PARIS.
Keine grauen Haare mehr!
Melanogène
 von **Dioquemare aîné in Rouen.**
 Fabrik in Rouen, rue St. Nicolas, 39.
 Um augenblicklich Haar und Bart in allen Nuancen, ohne Gefahr für die Haut, zu färben. — Dieses Präparat ist das beste aller bisher dagewesenen.
 Gen.-Depot bei **Fr. Wolff & Sohn, Hoflieferant in Karlsruhe.** **N. 43.**

Carl Arleth, großh. Hoflieferant in Karlsruhe, empfiehlt — frische Mandarin-Orangen, — — schöne frische span. Orangen, — große Messiner Citronen, frische Marronen, frische grüne Aimeria-Weintrauben etc. **N. 355.**

Apothek-Verkauf.
 Eine sehr frequente Apotheke einer größeren Stadt Badens unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Näheres durch **Jmhoff & Stahl in Mannheim.**

Carl Arleth, großh. Hoflieferant in Karlsruhe, empfiehlt — frische ächte **Verrigord-Trüffel**, — sowie in 1/2, 1/4 und 1/8 Pfund und getrocknete, auch **Morcheln, Champignons**, ebenfalls in Bläcken, **grüne Erbsen, Spargeln** etc. **N. 356.**

N. 342. Iffezheim.
Jagdverpachtung.
 Die Gemeinde Iffezheim läßt die Jagd in ihrer Gemarkung, circa 5300 Morgen in zwei Abtheilungen, am Montag den 17. d. M., Vormitt. 10 Uhr, im Rathhaus auf weitere 3 Jahre öffentlich verpachten.
Iffezheim, den 4. Januar 1870.
 Bürgermeisteramt.
S c h ä f e r.

N. 344. Langensteinbach.
Stammholz- und Stangenversteigerung.
 Am Dienstag den 18. d. M., Vormittags 9 Uhr anfangend, werden im hiesigen Gemeindevald
 17 Stück tannene Bauholzstämme,
 3 buchene Klöße,
 100 Stück Gerüst- und tannene Wagnerhänge,
 1350 — Sperrhölzer,
 950 — Pfähle,
 300 Bohlenbretter
 öffentlich versteigert.
 Die Zusammenkunft ist bei der Siegelhütte dahier.
Langensteinbach, den 10. Januar 1870.
 Bürgermeisteramt.
K a u.
 vdt. Ried, Rathschreib.

Hoff'sches Malzextract-Gesundheitsbier.
Holl- und Stärkungsmittel à 6 Sgr.
 pro Flasche incl. Glas.

Als bester Ersatz des Kaffees dient Hoff'sche Malz-Gesundheits-Chocolade, sehr wohl-schmeckend, à 20 und 30 Sgr. pro Pfd.

Drust-, Katarrh- und Lungen-Leidenden sind die schleimlösenden Johann Hoff'schen Brust-Malzbonbons

als bestes Heil- und Vindungsmittel ärztlich empfohlen. Durch den Gebrauch Ihrer Brust-Malzbonbons, die stärend auf die Schleimhäute wirken, bin ich von meinem Lungenleiden wieder hergestellt worden. Neulich günstige Wirkungen beobachtete ich bei andern Katarrhleidenden. **Dr. Sporer, Protomedicus und L. I. Suberaltraß in Wözzing.** — Ich habe in meinen Vorsehungen auf den von Ihnen präparirten Malzextract aufmerksam gemacht und meine Verwunderung geäußert, daß nicht schon vorläufig ein Fabrikat wie das Ihrige erzeugt, indem der Nutzen der Malz-Decocts in atrophischen und zur Atrophie hinneigenden Zuständen von Stimmberichtigten anerkannt wird. Gern will ich daher, obwohl ein gleichwornen Feind aller marktstreuereichen Anpreisungen, Ihres in diese Kategorie nicht gehörenden Präparates auch in Zukunft eingedenk sein. **Dr. A. A. Zeiteles, Professor der Medizin in Olmütz.**

Hoff'sche Brust-Malz-Bonbons und Malzucker schnell lösende Mittel bei Husten, à 4 und 8 Sgr. pro Carton und Tafel.

Des Hoflieferanten Joh. Hoff's Filiale in Köln.
 Verkaufsstelle bei Herrn **M. Hirsch,** Kreuzstraße Nr. 3 in Karlsruhe.

N. 349. Im Verlag von Walfsch & Vogel in Karlsruhe erscheint demnächst:
Gesetz und Vollzugsverordnung, die Beurkundungen des bürgerlichen Standes und die Formlichkeiten bei Schließung der Ehen betreffend, nebst den dazu gehörigen Mustern. Mit alpbabetischem Register. **Amtliche Handausgabe.** Preis gebunden 30 Kreuzer.

N. 123. Neufreystadt und Karlsruhe.
Feuerversicherungs-Gesellschaft des französischen „Phönix“.
 Bei der am 4. November d. J. im Hotel der Gesellschaft, rue de Lafayette Nr. 33 in Paris, stattgehabten Generalversammlung der Aktionäre ist denselben der halb-jährige Rechenschaftsbericht über den Stand der Gesellschaft auf den 30. Juni d. J. vorgelegt worden.
 Es zeigt derselbe, daß die durch den französischen Phönix versicherte Summe, abzüglich der erloschenen und annullirten Gefahren, sich an jenem Tage auf **acht Milliarden zweihundert dreihundertzwanzig Millionen einhundertdreißigtausend acht-hundert-zweiundfünfzig Franken** belief.
 Die seit dem Entschließen der Gesellschaft vom Jahr 1819 an 115,841 Versicherte bezahlten Brandschäden erreichten die Summe von **111,078,028 Franken und 52 Centimes.**
 Der durch die Gesellschaft bis daher gebildete Reservefond beträgt **3,703,729 Franken und 5 Centimes.**
 Rechnet man zu dieser Special-Garantie das bekannte, höchst bedeutende Gewährleistungskapital von **viertausend gänzlich realisirten Aktien** und die am 1. Juli 1869 bis 30. Juni 1870 und folgende Jahre fällig werdenden Prämien, welche über **35,000,000 Franken** betragen, so zeigen obige Angaben, in welcher hohem Grade sich die Gesellschaft des allgemeinen Zutrauens erfreut; sie verbannt dies ihren soliden Grundbesitz und streng rechtlichem Benehmen bei Brandfällen.
 Wegen Versicherungsverordnungen, sowohl für Mobilien, als für das laut § 9 des Feuerversicherungs-Gesetzes vom 29. März 1852 durch Privatgesellschaften versicherbare ein Fünftel des Gebäudewerthes, sowie wegen Versicherung des durch Explosion von Dampfmaschinen und Gasbeleuchtungs-Apparaten entstehenden Schadens beliebe man sich an die bekannten Herren Agenten zu wenden, und die unterzeichnete General-Agentur wird sich die prompteste Ausfertigung der Versicherungsverträge besonders angelegen sein lassen.
Neufreystadt, im Dezember 1869.

Die General-Agentur:
Guth & Cie.
 Wir bringen vorstehenden Rechenschaftsbericht einer durch Bedeutenheit der ihr zu Gebote stehenden Mittel, durch Rechlichkeit in ihrem Verfahren und durch Pünktlichkeit in Erfüllung der von ihr eingegangenen Verbindlichkeiten gleich ausgezeichneten Gesellschaft zur Kenntniß der so zahlreich dabei Beteiligten und empfehlen uns bei diesem Anlasse zu neuen Aufträgen sowohl für Mobilienversicherungen, als zur Deckung des laut § 9 des Feuerversicherungs-Gesetzes vom 29. März 1852 durch Privatgesellschaften versicherbaren ein Fünftel des Gebäudewerthes, sowie zu Versicherungen des durch Explosion von Dampfmaschinen und Gasbeleuchtungs-Apparaten entstehenden Schadens, bestens.
Karlsruhe, den 4. Januar 1870.

Friedrich Perlan, Langestraße Nr. 100,
 Agent für den Stadt- und Amtsbezirk Karlsruhe.
Julius Wöfel in Durlach,
 Agent für den Amtsbezirk Durlach.
Karl Prinz in Ettlingen,
 Agent für den Amtsbezirk Ettlingen.

N. 306. Grafenhausen.
Stammholz-Versteigerung.
 Die Gemeinde Grafenhausen (Bezirksamt Erlenheim) versteigert in ihrem Riederwald am Dienstag den 25. Januar d. J., Morgens 9 Uhr anfangend,
 11 Stämme Eichen von 80 bis 219 c., 123 Stämme Eichen, 131 Stämme Erlen und 26 Stämme Hainbuchen.
Grafenhausen, den 9. Januar 1870.
 Bürgermeisteramt.
S c h w a b.

N. 350. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
 Auf Anordnung Großh. Handelsministeriums beginnt am 1. Februar d. J. ein Lehrkurs über theoretischen und praktischen Hufbeschlag.
 Diejenigen, welche an demselben Theil nehmen wollen, haben sich bei dem Unterzeichneten, Steinstraße Nr. 25, zu melden.
Karlsruhe, den 11. Januar 1870.
S c h n e i d e r,
 Beschlaglehrer.

N. 266. Heidelberg.
Bekanntmachung.
Den Gehammten-Unterricht in Heidelberg betr.
 1) Der diesjährige Unterricht an der hiesigen Gehammten-Schule beginnt am 1. Februar und dauert bis 31. Mai einschließl.
 2) Sämmtliche Bewerberinnen haben, um aufgenommen werden zu können, folgende Nachweise beizubringen: Einen beglaubigten Geburtschein über ein Alter nicht unter 18 und nicht über 30 Jahre; ferner ein Zeugniß des Bezirksarztes über die erforderliche körperliche Tauglichkeit, sowie über die nöthige geistige Befähigung, insbesondere über die Fertigkeit geläufigen Lesens und lehrlichen Schreibens; endlich ein Zeugniß des Gemeindevorstandes und des Pfarrers der Heimathsgemeinde über unbescholtenen Lebenswandel.
 3) Jene Bewerberinnen, welche auf Kosten der Gemeinden unterrichtet werden sollen, haben außerdem eine schriftliche Beurkundung des Gemeindevorstandes hierüber beizubringen.
 4) Das Unterrichtsgehalt beträgt 20 fl., die Verpflegungsgeld, das heißt: die für Wohnung mit Bett, für Bekleidung, Beleuchtung und Verköstigung in der Anstalt zu leistende Vergütung, täglich 42 kr., für die ganze, 120 Tage umfassende Dauer des Unterrichtes somit 84 fl. Beide diese Beträge haben alle in den

N. 347. Wintersdorf.
Holzversteigerung.
 Die Gemeinde Wintersdorf, Bezirksamt Kraßfeld, läßt am Montag den 17. d. M.,
 2 Holländerreihen von 488 Cubitfuß;
 Johann
 9 Forststämme, 13 Stück Pappelhämme,
 1 Birkenstamm
 versteigern.
 Die Zusammenkunft ist Morgens 9 Uhr dahier beim Rathhaus, von wo aus man sich in den Wald begeben wird.
Wintersdorf, den 8. Januar 1870.
 Das Bürgermeisteramt.
S c h a f.

N. 343. Freiberg.
Holzversteigerung.
 Freiberg Franz von Neveu in Freiberg läßt in seinem auf der Gemarkung Dietenbach, Bezirksamt Freiberg, gelegenen Wald ca.
 1200 weichtannene Bau- und Sägholzstämme im Soumissionenwege auf dem Stocde versteigern.
 Die Angebote sind schriftlich für 1 bad. Cub.-Fuß burschänzlich in Zahlen und Worten ausgefüllt mit der Aufschrift:
 „Angebot auf das v. Neveu'sche Holz“
 bis längstens 26. Januar d. J., Vormittags 10 Uhr, an Bezirksförster Hartweg in Kirchgarten einzusenden, woselbst deren Eröffnung sodann vorge-

Unterricht Aufgenommenen sogleich zu erlegen; tritt jedoch eine Schülerin aus welcher Ursache immer vor dem festgesetzten Schlusse des Lehrjahres aus, so wird der nicht verbrauchte Theilbetrag der eingelegten Verpflegungsgeld zurückerstattet.

5) Das amtlich vorgeschriebene Lehrbuch kostet 3 fl. 30 kr., ist aus der Buchhandlung zu beziehen und muß sogleich bezahlt werden.

6) In Betreff des Bedarfes der Schülerinnen an Geldmitteln wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß dieselben auch mancherlei unabweisliche Nebenauslagen, wie z. B. für Wäsche, Kleidung, Schreibrequisiten u. dgl., zu bestreiten haben, daß daher von den Gemeinden den auf Kosten derselben Lernenden, außer der Verpflegungsgeld und dem Unterrichtsgehalt, dann außer dem Betrage für das Lehrbuch und den ebenfalls hierher gehörigen Reisekosten, noch ein sogenanntes Taschengeld zur Verfügung gestellt werden muß, welches für den Tag wenigstens 15 kr. betragen sollte.

7) Geldforten, deren Annahme den Großherzoglichen Kassen unterliegt ist, werden gar nicht, fremde Geldmünzen dagegen nur zu dem von Großherzoglichem Finanzministerium bestimmten Werthe angenommen.

8) Frauenspersonen, welche während der Dauer des Lehrjahres ihre Niederkunft zu gewärtigen haben, werden nicht aufgenommen.
Heidelberg, den 1. Januar 1870.
 Die Direktion der Großherzoglichen Hebammenschule:
Dr. Lange.

N. 332. Emmendingen. (Holzversteigerung.) Aus den hiesigen Domänenwäldern werden die nachstehenden Hölzer mit einer Borgfrist bis 1. August d. J. öffentlich versteigert, und zwar Dienstag den 18. Januar 1870,
 Distr. Heilbad:
 103 Kstf. buchene Scheitholz, 38 Kstf. buchene, 10 Kstf. gemischtes Prügelholz, 3900 Stück buchene, 600 Stück gemischte Wellen, 1 Loos Schlagbaum, sodann 17 Stämme forstene Bauholz, 3 Stück tannene Säglöße, 8 Stück buchene Nuthholzstücke und 25 Stück tannene Gerüststangen.
Mittwoch den 19. Januar 1870,
 Distr. Heilbad:
 33 Kstf. tannenes Scheitholz, 5 Kstf. tannenes Prügelholz, 3200 Stück tannene Wellen, 3 Stämme eichenes, 40 Stämme tannenes Bauholz, 174 Stück tannene Säglöße und 600 Stück eichene Stangen.
 Zusammenkunft jeweils früh 9 Uhr im Schlag, am ersten Tag beim neuen Brunnen, am zweiten Tag bei der Steingrube.
Emmendingen, den 8. Januar 1870.
 Großh. bad. Bezirksförster.
F i s c h e r.

N. 330. Nr. 33. Bergbaufen. (Holzversteigerung.) In dem Domänenwald Rittmerr, Abtheilung 8 Kälbhusch und folgende, versteigern wir, mit Borgfrist bis Martini d. J., am Dienstag den 18. d. M., früh 9 Uhr, folgenden Holz:
 Nuthholz: 1 Kstf. eichenes; Scheitholz: 60 Kstf. buchene, 11 Kstf. eichenes, 12 1/2 Kstf. tannenes und 7 Kstf. gemischtes; Prügelholz: 5 Kstf. buchene, 2 Kstf. eichenes, 1 Kstf. nadelnes und 25 Kstf. gemischtes; 40 Kstf. Bau- und Nadel-Stocholz; 4800 Stück buchene, gemischte und Nadelholz-Wellen und 4 Loos Schlagbaum.
 Zusammenkunft im Kälbhusch.
Bergbaufen, den 8. Januar 1870.
 Großh. bad. Bezirksförster.
S a m e r.

N. 167. Nr. 22. Korf. (Holzversteigerung.) In den hiesigen Domänenwäldern werden die nachstehenden Holzsortimente mit Borgfrist bis 1. November 1870, und zwar im Distrikt II. Endingerwald, Schlag Nr. 18,
 Donnerstag den 3. Januar d. J.:
 42 Holländer-Eichen, 47 Eichen und 11 Erlen-Nuthholzstämme, 150 Eichen-Nuthholzstämme, 1 Forst-Bauholzstamm, 7 Kstf. eichenes und 8 Kstf. eichenes Scheitholz, 37 1/2 Kstf. eichenes, 34 Kstf. eichenes, 11 1/2 Kstf. eichenes, 23 1/2 Kstf. eichenes und 17 Kstf. gemischtes Prügelholz und 18 1/2 Kstf. eichenes Klotzholz;
 Freitag den 14. Januar l. J.:
 600 eichene, 1000 erlene und 9800 gemischte Normalwellen und 1 Loos Schlagbaum;
 Distrikt I. Willstetterwald, Schlag Nr. 6,
 Montag den 17. Januar d. J.:
 8 Eichen, Bau- und Nuthholzstämme, 106 geringe, zu Wagnerholz taugliche Eichenstämme, 34 halbe Bap-pel-Nuthholzstämme, 11 1/2 Kstf. eichenes, 37 1/2 Kstf. erlenes, 24 1/2 Kstf. alpenes und 10 1/2 Kstf. gemischtes Prügelholz und 18 Kstf. eichenes Klotzholz;
 Dienstag den 18. Januar l. J.:
 17,225 Stück gemischte Normalwellen und 1 Loos Schlagbaum.
 Die Zusammenkunft ist auf den betreffenden Schlägen jeweils Morgens 9 Uhr.
Korf, den 3. Januar 1870.
 Großh. bad. Bezirksförster.
S i c h b o r n.

N. 906. Nr. 861. Forberg. (Versteigerung.) Höherer Entschließung zufolge werden Montag den 17. Januar l. J.,
 Vormittags 10 Uhr,
 die Domänenwaldbestände Sendlerberg, Birken-schlag, Oberes und Unteres Kappelholz mit einem Gehammten-Gehalt von 97 Morgen 230 Mth. im Galtshaus zum Hirsch in Oberwiltshaus „ein-zeln“ zu Eigenthum versteigert. Die Bedingungen werden vor der Versteigerung bekannt gemacht, können jedoch auch vorher schon bei unterzeichneter Stelle eingesehen werden.
 Nichtabhabende Kaufstücker haben sich mit legalen Vermögengzeugnissen und — insofern sie im Auftrage Anderer versteigern wollen — mit den nöthigen Legitimationsurkunden zu versehen.
Forberg, den 23. Dezember 1869.
 Großh. bad. Bezirksförster Ballenberg.
M ü l l e r.

N. 302. Nr. 270. Meersburg. (Bafante Auktionsstelle.) Die Auktionsstelle dahier ist bis 1. März d. J. wieder zu besetzen. Bewerbungen wollen mit den nöthigen Zeugnissen eingereicht werden. Gehalt 480 fl. und etwa 40 fl. Accidenzien.
Meersburg, den 7. Januar 1870.
 Großh. bad. Amtsgericht.
v. E t t e n.

N. 313. Gehilfenstelle
 offen, und sogleich zu besetzen bei Steuerpersequator **Wiese in Engen.**